

Haushaltsrede 2006

CDU-Fraktion --- 21. Febr. 2006

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,
verehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen!

Mit dem heutigen Tag – dem Abschluss der Haushaltsberatungen – geht die Zeit des kameralen Rechnungswesens dem Ende entgegen und mit Beginn des nächsten Haushaltsjahres entfaltet das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) seine Wirkung. Dieses neue Managementmodell soll uns allen einen besseren Überblick nicht nur über unseren Geldverbrauch wie bisher, sondern auch über unseren Ressourcenverbrauch, geben und das Rechnungswesen im „Konzern Kommune“ vereinfachen, d. h. eine einheitliche rechnerische Darstellung des kommunalen Gesamthaushaltes inklusive der Haushalte aller Eigenbetriebe usw. liefern. Es beinhaltet ferner betriebswirtschaftlich orientierte Steuerungsinstrumente, deren Nutzung zwar nicht gesetzlich vorgeschrieben, aber für eine erfolgreich agierende und zukunftsorientierte Gemeinde unverzichtbar ist.

Sicherlich ist es interessant schon heute zu wissen, auf welcher Grundlage die Verwaltung die Bewertung des aktuellen Gemeindevermögens vornehmen will und welche Erkenntnisse sie bezüglich der vorhandenen Im- und Mobilien bereits gewonnen hat. Aufgrund der Haushaltsansätze für Schulungsmaßnahmen und des noch jungen Jahres 2006 müssen wir davon ausgehen, dass sich auch die „Verwaltungsexperten“ erst fit machen. Die Abforderung von Zwischenstandsberichten zum derzeitigen Zeitpunkt bringt uns Ratsmitglieder bestimmt keine neuen Erkenntnisse, aber sie kostet der Verwaltung wertvolle Zeit, sich auf die bevorstehende Mammutaufgabe vorzubereiten bzw. Fakten für die Umsetzung zusammenzutragen. Wir als CDU-Fraktion erwarten von der Verwaltung eine zeitgerechte Unterrichtung und auch Einbeziehung in den Bewertungsprozess, werden aber auf verfrühte und populistisch motivierte Anträge verzichten.

Besonders für uns Ratsmitglieder ist dieses neue Finanzmanagement eine große Herausforderung! Wir können unseren Aufgaben nur gerecht werden, wenn wir uns intensiv in diese Materie einarbeiten und gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung die vorhandenen Steuerungsinstrumente zum Wohle unserer Gemeinde und ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzen. Erst wenn es uns gemeinsam gelingt, die bereits im Haushalt 2006 eingestellten Beträge für Schulungsmaßnahmen und auch die in den nächsten Jahren eingeplanten und Personalkosten durch Einsparungen zu kompensieren, werden wir von einem vollen Erfolg sprechen können.

Eins ist jedoch sicher! Mit NKF allein lassen sich die finanziellen Probleme der Gemeinden nicht lösen, da uns dieses System zunächst einen besseren Durchblick und somit eine qualitativ höhere Entscheidungsgrundlage verschaffen soll.

Wir müssen uns deshalb weiterhin zum Grundsatz machen, nicht mehr auszugeben als einzunehmen! Der absolute Sparwille allein kann uns der Haushaltskonsolidierung nicht näher bringen. Es dürfen vielmehr Bund und Land den

Gemeinden keine Aufgaben mehr zuschustern, ohne die dafür erforderlichen Mittel bereitzustellen.

In den zurückliegenden Haushaltsberatungen wurden von den Oppositionsparteien, insbesondere von der SPD und den Grünen, ausgabenwirksame Anträge gestellt, die unerschwerlich mit den verbesserten Finanzaufweisungen des Landes und dem positiven Jahresergebnis 2005 begründet wurden. Solange der Haushalt 2006 strukturell unausgeglichen ist, muss jede Ausgabe, besonders im konsumtiven Bereich, auf den Prüfstand. In dieser angespannten Finanzsituation ist nur Raum für Maßnahmen, die Ostbevern und seinen Bürgern langfristig von Nutzen sind. Bei aller Freude über eine Reduzierung des Ansatzes „Zuführung aus dem Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt“ und „Entnahme aus der allgemeinen Rücklage“ gegenüber dem ursprünglich eingebrachten Haushaltsentwurf darf uns nicht vergessen lassen, dass wir es nach wie vor 2006 mit einem unausgeglichenen Haushalt – wenn auch durch Einflüsse von Außen – zu tun haben und z. Z. von der Substanz leben. Eine Lockerung der Ausgabenbremse ist daher auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit unverantwortlich und geht zu Lasten unserer Kinder.

Froh sind wir darüber, dass wir die gemeindlichen Steuern und Abgaben stabil halten konnten, um so unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht noch zusätzliche Lasten aufzubürden. Wichtig ist uns auch, in 2006 ohne zusätzliche Kreditaufnahmen auszukommen. Bedauern müssen wir aber, dass unsere Gemeinde nach 2005 auch in 2006 infolge von Hartz IV mit jährlich zusätzlich € 200.000 belastet wird. Hier muss der Gesetzgeber unverzüglich für eine gerechte Verteilung sorgen.

Auch wir bedauern, im Zeichen knapper Kassen nicht mit den über die in 2006 geplanten Projekte hinausgehenden kommunalen Investitionen die heimische Wirtschaft stützen zu können, um so auch in Ostbevern Aufschwungimpulse zu geben. Was wir aber können und was auch die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten, sind zukunftsweisende Entwicklungen einzuleiten und entsprechende Planungen vorzulegen, die im Falle einer besseren Kassensituation kurzfristig umgesetzt werden können.

Zu einer solchen Maßnahme zählen wir u. a. auch die Gestaltung des Parkplatzes hinter dem Rathaus. Nach Abschluss der K+K-Erweiterung erscheint es uns besonders dringlich, vor Beginn der Straßenbaumaßnahmen und vor Errichtung von Boxen für Einkaufswagen Klarheit über die zukünftige Nutzung und die Qualität des Parkplatzes und damit Planungssicherheit zu schaffen. In diese Überlegungen ist auch eine Rathausenerweiterung einzubeziehen, die im Interesse einer funktionierenden Verwaltung und der notwendigen Sensibilität gegenüber unseren Bürgern mittelfristig erforderlich wird. Da auch die Ausleuchtung des Platzes aus Sicherheitsgründen dringend zu verbessern ist, muss eine Planung Aufschluss über zukünftige Leuchtenstandorte geben. Alles gute Gründe, die hierfür vorgesehenen Planungskosten im Haushalt zu belassen, denn nur so können Fehlentwicklungen und auch Kosten vermieden werden. Dabei muss eine Lösung gefunden werden, die langfristig im Dorfmittelpunkt einen Platz entstehen lässt, der die Funktion als Park- und Kirmesplatz erfüllt aber gleichzeitig auch durch seine Aufenthaltsqualität zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten erhält.

Zukunftsweisend – allerdings nicht erst in Zeiten einer günstigeren Finanzsituation verschiebbar – ist auch die Entscheidung des Rates, ein offenes Ganztagsangebot in Ostbevern an der Ambrosius- und an der Franz-von-Assisi-Grundschule zum Schuljahr 2006/2007 zu schaffen. Im Haushaltsplanentwurf waren dafür zunächst € 255.000 für die Baumaßnahmen eingestellt. Eine Vorplanung durch ein Architektenteam aus Ostbevern hat gezeigt, dass der eingestellte Haushaltsansatz für eine funktionsgerechte und dauerhafte Lösung zu knapp bemessen ist, weshalb wir die Erhöhung auf insgesamt € 400.000 im Interesse der Schülerinnen und Schüler unterstützen.

In den Schulgremien wurde Einvernehmen darüber erzielt, das Schulkinderhaus möglichst über 2007 hinaus zu erhalten. Die Qualität des Angebotes lässt sich in der offenen Ganztagschule leider nicht aufrecht erhalten, da hier geringere Finanzmittel zur Verfügung stehen. Ob dies möglich ist, lässt sich heute noch nicht absehen. Wir werden jedoch alles tun, Kindern von berufstätigen Eltern in der offenen Ganztagschule ein Angebot zu unterbreiten, das nicht ausschließlich auf Betreuung abgestellt ist, sondern auch Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die sie im persönlichen, schulischen und später auch im beruflichen Bereich weiterbringen.

Nach wie vor ist zwischen Schule und Politik abgesprochen, dass zuerst unter Einbeziehung der bestehenden Infrastruktur die Räumlichkeiten an der Ambrosius Grundschule geschaffen werden sollen, die von Kindern beider Grundschulen wegen der räumlichen Nähe zu nutzen sind. Einigkeit besteht auch darüber, dass bei erforderlicher Ausweitung des „Startangebotes“ die Franz-von-Assisi-Grundschule Berücksichtigung finden muss.

Anders als früher streben immer mehr Frauen nach ihrer „Babypause“ in den Beruf zurück, den sie erlernt haben und für den sie vielfach eine lange Ausbildung absolviert haben. Das ist verständlich und oft wegen der familiären Einkommenssituation gar nicht anders möglich, aber auch volkswirtschaftlich vernünftig. Zukünftig werden wir es uns aufgrund der demographischen Entwicklung auch gar nicht mehr leisten können, in Folge des sich schon heute abzeichnenden Fachkräftemangels auf qualifizierte Frauen im Berufsleben zu verzichten. Hier hat die Politik die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es beiden Elternteilen ermöglichen, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Mit der offenen Ganztagschule und eines entsprechenden Betreuungsangebotes in unseren Kindergärten – auch unter Berücksichtigung der steigenden Belastungen für die Gemeinde – haben wir Schritte in die richtige Richtung unternommen. Für uns ist es in der Zukunft eine große Herausforderung, den bisherigen Standard zu halten und wenn möglich, noch weiter auszubauen.

Aber es gibt noch mehr zu tun, den hohen Stellenwert von Familien mit Kindern zu unterstreichen und zu fördern. Eine familienfreundliche Infrastruktur wird gerade von jungen Familien als äußerst wichtiger Standortfaktor gesehen, die eine Entscheidung für Ostbevern als zukünftiges Familiendomizil wesentlich beeinflusst. Deshalb stehen wir als CDU voll hinter der Initiative „Bündnis für Familien“ und werden sie aktiv unterstützen. Die im Haushalt eingestellten Finanzmittel dienen in erster Linie dazu, diesem Bündnis durch professionell erarbeitete Konzeptionen und den Aufbau eines entsprechenden Netzwerkes zum Erfolg zu verhelfen. Wir sind der Überzeugung, dass die in dieses Bündnis investierten Mittel unserer Gemeinde mit

ihren Bürgerinnen und Bürgern – aber besonders den Familien mit Kindern – hohen Nutzen bringen!

In diesem Zusammenhang sehen wir auch die Arbeit unserer Gleichstellungsbeauftragten, die bei der Vorbereitung des Familienbündnisses mit ihrer Arbeit wertvolle Dienste geleistet hat.

Auch die Arbeit des Jugendwerkes ist in diesem Kontext zu bewerten. Auch hier werden von den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern durch viele Projekte Jugendliche und Kinder zur sinnvollen Freizeitgestaltung angeleitet, weshalb für uns die bereitstehenden Haushaltsmittel auch in Zeiten knappen Geldes nicht zur Disposition stehen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass nicht bei allen Jugendlichen das Jugendwerk die von uns gewünschte Akzeptanz findet. Wir wissen auch, dass besonders konfliktbereite Jugendliche sich nicht festen Regeln unterwerfen wollen, was anhand beobachteter Vorfälle gerade in jüngster Vergangenheit untermauert wird. Deshalb nehmen wir auch eine skeptische Haltung gegenüber den von den Grünen geforderten überdachten Jugendtreffs ein. Wir glauben nicht, dass vorgesehene Treffpunkte im Außenbereich von den Jugendlichen bevorzugt angenommen werden und dadurch die innerörtlichen Plätze – mit dem immer wieder auftretenden Ärger in den Nachbarschaften – weitgehend gemieden werden. Gern lassen wir uns jedoch eines Besseren belehren!

Gerade die positive Bewertung der Arbeit des Jugendwerkes sollte uns weiter motivieren, ständig nach weiteren Wegen zu suchen, um Kinder, Jugendliche und vielleicht auch junge Erwachsene in der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Einen guten und auch Erfolg versprechenden Schritt sehen wir in dem Plan, eine Jugend-Kunst-Werkstatt im Alten Feuerwehrgerätehaus einzurichten. Hier sollen mit Unterstützung von ortsansässigen Künstlern und evtl. auch erfahrenen Handwerkern, insbesondere junge Menschen zu kreativer Tätigkeit angeleitet werden. Von einem solchen Angebot können sowohl das Jugendwerk, die offene Ganzttagsschule und auch das Kulturforum profitieren. Deshalb sind wir überzeugt, dass die vorgesehenen € 20.000 für die Herrichtung der Räume gut angelegt und auch ausreichend bemessen sind. Die von den Grünen befürchteten – und als Ablehnungsgrund gesehenen Folgekosten dürften sich – besonders wenn sich Künstler oder weitere an bildender Kunst interessierte Menschen aus Ostbevern ehrenamtlich engagieren – in Grenzen halten. Die aus den Mieteinnahmen für die installierten Antennen erzielten Erlöse können zum größten Teil die laufenden Kosten decken.

Im übrigen unterstreicht das von Institut Pro Kids in der Sitzung des Sport- und Sozialausschuss vorgestellte „Kinderbarometer 2005 – Ergebnisbericht Ostbevern“, dass wir uns in der Jugend- und Kinderpolitik überwiegend auf dem richtigen Weg befinden. Es liegt in der Natur der Sache, dass immer noch Wünsche bestehen. Wir werden uns mit allen Anregungen auseinandersetzen, aber eins ist uns heute schon klar: Wir werden nicht alles erfüllen können!

Dem Sicherheitsanspruch unserer Bürgerinnen und Bürger tragen wir Rechnung, wenn wir unsere freiwillige Feuerwehr in 2006 mit einem neuen Löschgruppenfahrzeug ausstatten. Mit zunehmender Sorge betrachten wir jedoch die

Entwicklung, dass insbesondere tagsüber wegen der auswärtigen Berufstätigkeit im Einsatzfall nicht immer ausreichend Feuerwehrleute vor Ort sind. Auch fehlt in manchen Betrieben die Bereitschaft, Feuerwehrleute für Einsätze freizustellen, was vielleicht auch manchen vom Dienst in der Wehr abhält. Hier müssen auch wir als Politiker alles tun, junge Menschen für die Arbeit in der Feuerwehr zu motivieren. Dazu trägt u. a. auch die Bereitstellung von sicheren und modernen Fahrzeugen und Geräten bei.

Eine kleine Erläuterungsfußnote zur Haushaltsstelle „Kosten der Bauleit- und Ortsplanung“ weist auf eine für Ostbevern wichtige Veränderung hin. Viel wurde in der Vergangenheit über den Schandfleck an der Bahnlinie Münster – Osnabrück diskutiert und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Nun hat sich ein Investor gefunden, der das Gelände „Kaseinwerk“ einschließlich der denkmalgeschützten Bausubstanz für Freizeit- und Fortbildungsangebote nutzen will. Bei einer erfolgreichen Realisation ist davon auszugehen, dass zunächst das Gelände aufgeräumt wird. Darüber hinaus soll innerhalb von max. 10 Jahren ein Gästehaus entstehen. Auch unser Bahnhof wird in das Konzept einbezogen mit der Folge, dass die Gemeinde die hier leer stehenden Räume zukünftig vermieten kann.

Neben diesen für das Haushaltsjahr aufgezählten herausragenden Investitionen und Aktivitäten enthält der Haushaltsplan 2006 eine Vielzahl von kleineren aber dennoch wichtigen Maßnahmen, die uns allen von Nutzen sind und die das Leben in unserer Gemeinde angenehm und attraktiv machen. Wir sind besonders froh, dass es uns – im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden in NRW – möglich ist, die Ausgaben für freiwillige Leistungen aufrecht zu erhalten. Wir standen nicht vor der Entscheidung anderer Kommunen, zur Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes z. B. über die Schließung unseres Hallen-Freibades nachzudenken. Wir können bis heute Gott sei Dank auf Nutzungsgebühren für unsere Sporthallen verzichten und darüber hinaus unsere Vereine im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich mit Gemeindegeldern unterstützen.

Kritiker werden vielleicht sagen, angesichts der Defizite im Verwaltungshaushalt wäre es besser, hier drastisch zu sparen und die Haushaltsansätze zusammenzustreichen. Dieser kurzsichtigen Vorgehensweise können und wollen wir uns nicht anschließen. Wir sind vielmehr überzeugt, dass ein Wegfall dieser freiwilligen Leistungen das Vereinsleben in Ostbevern negativ beeinflussen evtl. z. T. sogar ganz zum Erliegen bringen könnte. Ebenso schlimm, vielleicht sogar noch gravierender wäre der abschreckende Einfluss auf die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement. Wir können sicher sein, dass sich eine dadurch beschädigte Infrastruktur kaum wieder reparieren ließe.

Auch werden sicherlich Stimmen laut, wir als Gemeinde könnten für reduzierte oder gar ganz gestrichene Förderung verschiedener Einrichtungen durch Bund oder Land in die Bresche springen. Das können wir nicht leisten. Wir haben aber Verständnis, wenn z. B. die neue Landesregierung bei einem von Rot/Grün überlassenen Schuldenberg von 111 Mrd. € auch bei den Zuschüssen für Frauenhäuser den Rotstift ansetzt. Das ist mit weniger Entrüstung bereits schon zu Zeiten von Rot/Grün passiert. Es hat auch nichts damit zu tun, dass die geleistete Arbeit in den Frauenhäusern – deren Existenz und Arbeit von der CDU nach wie vor als erforderlich angesehen wird – zu wenig gewürdigt oder sogar durch die Streichungen in Frage gestellt wird. Es ist einfach nicht genügend Geld da! Wenn man bedenkt,

dass NRW bezüglich der Förderung von Frauenhäusern auch nach den geplanten Einsparungen unter allen Bundesländern auf Platz zwei steht, kann von einer Gefährdung der flächendeckenden Strukturen nicht die Rede sein.

An dieser Stelle danken wir allen ehrenamtlich engagierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern für ihren selbstlosen Dienst im sozialen, sportlichen, schulischen und kulturellen Bereich. Wir können nur hoffen, dass diese Einsatzfreude nicht nachlässt und sagen allen Organisationen und ihren Mitgliedern auch weiterhin unsere Unterstützung und eine kooperative Zusammenarbeit zu.

Dank auch an Sie, Herr Bürgermeister, für die gute und offene Zusammenarbeit. Bitte überbringen Sie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch den Dank der CDU – Fraktion für ihre in der zurückliegenden Zeit geleistete hervorragende Arbeit. Wir können lobend bestätigen, dass die Verwaltung insgesamt von unserer Bevölkerung als bürgernah und -freundlich beurteilt wird. Unsere eigenen Erfahrungen bestätigen dieses Urteil.

Bedanken möchten wir uns auch bei allen Kolleginnen und Kollegen in den Ratsgremien für die offene und immer fair geführte Diskussion.

Wir sind uns sicher, dass mit diesem Haushalt nicht alle Wünsche und Erwartungen erfüllt werden können. Das gilt sowohl für uns Ratsmitglieder als auch für die von uns vertretenen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir haben mit diesem Haushalt das Machbare und Notwendige auf den Weg gebracht, ohne dabei die Menschen aus den Augen zu verlieren. Das, so meinen wir, ist in dieser wirtschaftlich und finanziell angespannten Lage schon eine gute Nachricht.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2006 unter Berücksichtigung der in den Beratungen vorgenommenen Korrekturen zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

**Es gilt das gesprochene Wort
2006, 18.00 Uhr**

Sperrvermerk bis 21. Febr.